

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/99

Bonn, den 28. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Das Ende einer Fiktion? 47

Die Bundesrepublik darf sich nicht selbst ins "Aus" manövrieren

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

2 - 2a Schwierige Zusammenarbeit 85

Zur 6. Konferenz der europäischen Erziehungsminister in Versailles

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

3 - 4 Im Zeichen der Verwaltungsreform 78

Am 8. Juni finden in Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt

5 - 6 Präsident oder "Führer"? 92

Frankreich zwischen Vierter und Sechster Republik

Von Georg Scheuer, Paris

*

*

*

Das Ende einer Fiktion?

Die Bundesrepublik darf sich nicht selbst ins "Aus" manövrieren

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR, dem Irak, Kambodscha und dem Sudan hat wieder die Hallstein-Doktrinäre in der Bundesrepublik auf den Plan gerufen. Sie meinen, nur mit dem Abbruch aller Beziehungen könne verhindert werden, daß ein Erdbeben der Anerkennung folgen und damit der bisherige Erfolg dieser Doktrin, die Verhinderung der DDR-Anerkennung außerhalb des Ostblocks, zunichte gemacht werde. Dieser "Erfolg" war doch in vielem nur eine Fiktion. Ostberlin hatte schließlich nicht nur in der Vereinigten Arabischen Republik Massara schon seit langer Zeit eine Vertretung, die sich eigentlich nur dem Namen nach von einer offiziellen Vertretung unterscheidet und es war schließlich eine CDU-FDP-Regierung, die seinerzeit auch in Tansania die vor der Eingliederung Sansibars auf der Insel geschaffenen Fakten hinnahm und damit auch nicht das Exempel statuierte, wozu heute mancher CDU-Politiker den Bundesaußenminister drängt.

Sicher, in Tansania waren es besondere Verhältnisse und die damalige Hinnahme des DDR-Generalkonsulates hat keine weiteren Folgen nach sich gezogen. Mit dem Irak und dem Sudan hatten wir keine diplomatischen Beziehungen. Daß die DDR die arabischen Staaten mit Nachdruck bearbeitet und die Zeit ohne Botschafter der Bundesrepublik ausnutzen möchte, um dort Fuß zu fassen, ist nichts Neues. Entscheidungen wie die der irakischen und der neuen sudanesischen Regierung sind in erster Linie unter innenpolitischen Aspekten dieser Länder zu sehen. Die Hallstein-Doktrin hat dabei überhaupt keine Wirkung, weil der Hebel einfach fehlt. Für Prinz Sihanuk z.B. war die DDR-Anerkennung ein Teil seines Hochzeitsaktes zwischen den Großmächten, den er nun schon seit Jahren spielt. Sihanuk hat im Übrigen mit dem Bruch und der Wiederaufnahme seiner Beziehungen zu den USA bewiesen, welche Bedeutung er solchen Schritten beimißt.

Sollte man daher weiterhin an einer Fiktion festhalten? Schließlich war es Konrad Adenauer, der 1955 in Moskau die Hallstein-Doktrin mit einer Handbewegung zur Seite wischte, als sie ihm hinderlich war. Entscheidend muß für die Bundesrepublik bei der Beurteilung von diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und einem anderen Staat sein, ob diese Kontaktaufnahme als ein bewußter Beitrag zur Vertiefung der Teilung Deutschlands anzusehen ist oder nicht. Sihanuk hat z.B. seinen Schritt als den Versuch gekennzeichnet, die Deutschen einander näher zu bringen. Das mag eine Ausrede sein, aber muß wirklich das Vorhandensein zweier deutscher Botschafter in einem entlegenen Land im Fernen Osten unbedingt zur Vertiefung der deutschen Spaltung beitragen? Wer kann dort schon die zwei Teile Deutschlands voneinander unterscheiden? Wird den Deutschen dort auch nicht wieder klar werden, daß man sie mit ihren Fehlern und ihren positiven Seiten, doch in einen Topf wirft, auch wenn sie sich noch so geflissentlich aus dem Wege gehen? Wenn irgendwo, dann wird dort offenbar, wie töricht es ist, sich doktrinär zu bekämpfen, statt zusammen einen gangbaren Weg zu suchen!

Schwierige Zusammenarbeit

Zur 6. Konferenz der Europäischen Erziehungsminister in Versailles

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Dieser Tage ist in Versailles die 6. Konferenz der Europäischen Erziehungsminister zu Ende gegangen. Im Gegensatz zu der auf Initiative der UNESCO vor zwei Jahren in Wien stattgefundenen Erziehungsministerkonferenz, der die europäischen Minister aus Ost und West an der Konferenztisch brachte, ist die europäische Erziehungsministerkonferenz, die in der Regel alle zwei Jahre stattfindet, eine Zusammenkunft der Erziehungsminister aus den 18 Europaratstaaten plus Spanien und Beobachtern des Vatikan, der EWG und der OECD.

Ziel der bisherigen Konferenzen war es, sich gegenseitig über die nationalen Entwicklungen auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens zu informieren und wenn immer möglich eine gewisse Harmonisierung zwischen den nationalen Bildungsplanungen und Schulstrukturen herbeizuführen. Die Aufgabe der gegenseitigen Information zwischen den Konferenzen nimmt ein besonderes Dokumentationszentrum beim Europarat in Straßburg wahr, dessen Arbeit auf der Versailler Konferenz von allen Seiten besonders gewürdigt wurde, obwohl Mittel und Personal bei weitem nicht mehr ausreichen, um der Fülle der Informationen und den steigenden Anforderungen der Mitgliedsländer gerecht zu werden.

Eine großzügigere Ausstattung der Straßburger Dokumentationszentrale gehörte daher auch zu den zahlreichen Anregungen und Forderungen, die auf der Konferenz der 18 Minister laut wurden, ohne daß die Minister übereinkamen, etwas effektives zu übernehmen, um solche Forderungen zu verwirklichen.

Am nachdrücklichsten hatte sich gleich zu Beginn der Konferenz der französische Erziehungsminister Edgar Faure für eine Vertiefung und Verbesserung der erziehungs- und bildungspolitischen Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Aber interessanter Weise wurden die französischen Vorschläge, bei denen es sich fast durchwegs um alte europäische Forderungen handelte, von den meisten Delegationen als für die innerfranzösische Szenerie bestimmte Wahlpropaganda abgetan. Sehr zu Unrecht, denn europäische Schulfragen sind in Frankreich wie in Deutschland bei politischen Wahlen überhaupt kein ins Gewicht fallender Faktor.

Edgar Faures Vorschläge, z.B. obligatorisches Studium für ein oder zwei Semester an einer Universität eines anderen europäischen Landes, ein europäisches Statut für Studenten, ein europäisches Statut für Hochschullehrer (beide Statute sind zur Erleichterung des Austauschs von Studenten und Hochschullehrern gedacht), die

Errichtung einer europäischen Informationsbank, die Gründung einer europäischen Technischen Hochschule, die Errichtung eines europäischen Zentrums für Erziehungswesen und Bildungsforschung, sowie eine Stelle zur Förderung der Beziehungen zwischen europäischen und überseeischen Universitäten, - um nur einige der Vorschläge zu nennen - fielen größten Teils unter den Tisch. Die europäischen Erziehungsminister erwiesen sich mehrheitlich als eine Gesellschaft die sehr wenig von Maßnahmen hält, die zu einer größeren Integration führen. Das haben die Minister schon früher bei dem Projekt der Gründung einer europäischen Universität unter Beweis gestellt, das praktisch an den nationalen Voreingenommenheiten über die Güte der eigenen Hochschulausbildung gescheitert ist. Obwohl die Mehrheit der Erziehungsminister nahezu alle auf eine engere institutionelle Bindung zielenden Vorschläge kühl zurückwies - der Versuch die seit 10 Jahren als ad hoc Versammlung tagenden Konferenz einen permanenten Status zu geben, scheiterte am Veto des britischen Erziehungsminister - war der Wille zur Zusammenarbeit und zur ernsthaften Erörterung gemeinsamer Konzepte größer als früher. Dazu mögen die Revolten an Universitäten und Schulen mitbeigezogen haben.

Dessen ungeachtet wollten selbst in ihrem eigenen Land so fortschrittliche Erziehungsminister, wie der Schwede Olaf Palme, der eine vorzügliche Darstellung des Zustands der europäischen Schulsysteme und der Erziehungsaufgabe der Schule in der demokratischen Gesellschaft gab, sich wie viele seiner Kollegen auf keinen Generalplan für die Entwicklung des Erziehungswesens in Europa oder die Aufstellung einer europäischen Prioritätenliste auf dem Gebiet der Erziehung einlassen.

Positiv kann bewertet werden, daß die Minister sich in zwei Jahren Rechenschaft vom Stand der gegenseitigen Anerkennung von Prüfungen, Diplomen, abgeleiteten Semestern an nicht landeseigenen Universitäten und zum Studium berechtigenden Zeugnissen ablegen wollen, um gegebenenfalls zu diesem Thema längst überfällige politische Entscheidungen zu fällen.

Ebenso wollen sich die Minister in zwei Jahren nochmals eingehend mit der Rolle und den Kompetenzen, sowie mit der Arbeitsmethodik ihrer Konferenz befassen. Die Verabschiedung einer Reihe von Entschlüssen, die sich mit pädagogischen Fragen des Primar- und des Sekundarschulwesens befassen, war nahezu selbstverständlich.

Vom Blickfeld der beratenden Versammlung des Europarats aus gesehen mußte das Ergebnis der Erziehungsministerkonferenz trotz des sichtlich gewachsenen Interesses an gewissen Harmonisierungsprozessen als enttäuschend empfunden werden. Der Ball der Kooperation, den gerade Frankreich nach langen Jahren der Abstinenz den übrigen Europaratsstaaten zuspielte, wurde nicht aufgefangen. Seit langer Zeit Entscheidung anstehende Probleme, wie ein Abkommen über eine sehr viel nachdrücklichere Förderung des Fremdsprachenunterrichts auf breiter möglicher Basis oder die Absteckung des bildungspolitischen Arbeitsfeldes für den vor sieben Jahren von den 18 Regierungen gegündeten Rat für kulturelle Zusammenarbeit wurden nicht behandelt. Daß die deutsche Delegation erstmalig durch den amtierenden Präsidenten der Kultusministerkonferenz geleitet wurde, deutete auf eine auf diesem Gebiet erfreuliche Zuständigkeitsentkrampfung in Bonn hin.

Im Zeichen der Verwaltungsreform

Am 8. Juni finden in Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt

KHN. - Nach dem Abschied Dr. Altmeiers, nach der Wahl von Dr. Kohl zum neuen Ministerpräsidenten öffnet sich nun ein weiteres Fenster, durch welches politische Aktualität nach Rheinland-Pfalz eindringt. Am 8. Juni finden hier Kommunalwahlen statt, und dieser Termin findet schon jetzt ungewöhnlich viel Beachtung.

Soweit dieses Interesse lediglich spekulativer Wahl-Astrologie dienen soll, wird es wahrscheinlich auf recht unfruchtbaren Boden fallen. So simpel liegen die Verhältnisse diesmal nicht, daß der rheinland-pfälzische Wahlausgang es erlauben würde, Parallelen zum Ausgang der Bundestagswahl zu ziehen. Ein gewisses "Abfärben" der September-Wahl auf die Juni-Wahl muß sicher in Rechnung gestellt werden. Aber dies ist nur einer von mehreren Faktoren, die beim Auswerten des Wahlergebnisses zu berücksichtigen sein werden.

Der wichtigste und zugleich interessanteste Faktor ist die Verwaltungsreform. Mit einer solchen Reform befassen sich zur Zeit - mit der möglichen Ausnahme des Saarlandes - wohl alle Bundesländer. Rheinland-Pfalz ist dasjenige, das darin am weitesten fortgeschritten ist.

Die Kommunalwahlen werden zeigen, wie die Bürger auf eine Verwaltungsreform reagieren. Sie werden zeigen, ob es nur ein kleiner Kreis von persönlich Betroffenen war, der die bisherigen Proteste gegen Eingemeindungen und Zusammenlegungen verursachte, oder ob tatsächlich, wie es in Aufrufen und Klagen hieß, "die Bürger" protestiert haben. Letzteres müßte sich dann ja wohl im Wahlergebnis niederschlagen, etwa in einem Stimmenzuwachs der freien Wählergemeinschaften oder gar der NPD, die sich weidlich bemüht hat, den Anwalt gemeindlicher Unabhängigkeit zu spielen. In diesem Zusammenhang wird es natürlich auch interessant sein, zu sehen, wieviele Bürger so dumm sein werden, den Erben Hitlers und Himmlers die angemessene Rolle des Freiheitskämpfers zu glauben.

Aber bleiben wir noch bei der Verwaltungsreform. Der Ausgang dieser Kommunalwahlen kann andere Bundesländer ermutigen, ihre eigene Verwaltungsreform mit Entschiedenheit voranzutreiben. Es kann aber auch eine Bremswirkung von ihm ausgehen, die den Reformwillen anderer Länder vielleicht auf Jahre hinaus einschränkt.

Darüber hinaus wird das Wahlergebnis Antwort auf zahlreiche

Detaillfragen geben: Wie reagieren die Einwohner eines abgelegenen Höhengebiets auf die Auflösung ihrer Zwerggemeinden? Wie reagiert eine wohlhabende Rhein-Anliegergemeinde auf die Zusammenlegung mit der nicht weniger reichen Nachbargemeinde, mit der sie seit Menschen-gedenken herzliche Erbfeindschaft verbindet? Wird die FDP dort Erfolg haben, wo ihre Vertreter sich bemühen, die gleiche Verwaltungsreform zu verleugnen, an der sie in der Landeshauptstadt Mainz mit-gewirkt haben? Und wie wird es der CDU bekommen, daß sie sich so uneingeschränkt zum Champion dieser Reform aufwirft?

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wieviele Rückschlüsse und Ableitungen das Wahlergebnis tatsächlich zulassen wird. Sie zeigen zugleich, wie vielfältig die Einflüsse sind, die allein von der Verwaltungsreform her auf diese Wahl ausstrahlen. Dabei sind das durchaus nicht die einzigen Faktoren, die zu berück-sichtigen sind. Vor allem ist, da das Naheliegende so leicht über-sehen wird, wohl der Hinweis angebracht, daß auch Rheinland-Pfalz kein Vakuum staatsbürgerlichen Bewußtseins ist. Ein beträchtlicher Teil der Wähler dürfte immerhin den Sinn von Kommunalwahlen ver-standen haben. Das heißt, daß er nicht Kiesinger oder Brandt, Schiller oder Strauß wählen und daß er auch nicht über die Ver-waltungsreform seines Landtags abstimmen wird, sondern daß er ganz konkret bemüht sein wird, über die künftige Zusammensetzung seiner kommunalen Vertretungen mitzuentcheiden.

Wenn andererseits dem Wähler dieses richtige Verständnis der bevorstehenden Wahl erschwert wird, dann ist das nicht ausschließ-lich die Schuld von Verwaltungsreform und Bundestagswahl. Auch die CDU des Landes tut viel dafür, die Begriffe zu verwischen. Als ob es nicht schon genug Möglichkeiten für Mißverständnisse gäbe, bringt sie noch eine weitere ins Spiel. Offenbar entschlossen, ihrem neuen Ministerpräsidenten die Rolle der Wahl-Lokomotive anzuvertrauen, wärmt sie ihren Slogan aus dem vorigen Landtags-wahlikampf wieder auf und zieht unter dem landesbezogenen Schlag-wort "Rheinland-Pfalz - junges Land mit Zukunft" in die Kommunal-wahlen. Damit bietet sie dem politisch unaufgeklärten Teil der Bürger die Möglichkeit, die Kommunalwahlen nicht nur mit der Bundestagswahl, sondern auch mit einer Landtagswahl zu verwechseln.

Außerdem setzt die CDU sich nun endgültig dem begründeten Vorwurf aus, daß es ihr mit der Zukunft dieses Landes nicht gar so ernst ist, daß sie sich ihrer immer nur vor Wahlen erinnert. Junges Land mit Zukunft - das wäre kein schlechtes Motto, wenn es nicht als parteigebundener Wahl-Spruch gebraucht würde. So wie es jetzt dasteht, ist es lediglich ein Versuch, die Leistungen der Sozialdemokraten für eine bessere Zukunft dieses Landes zu leugnen.

+ + +

Präsident oder "Führer"?

Frankreich zwischen Vierter und Sechster Republik

Von Georg Scheuer, Paris

Mit de Gaulles Rücktritt steht die Frage: Ist die auf seine Person geschneiderte Verfassung auch für die weitere Zukunft Frankreichs tauglich?

Bis jetzt wünscht keine Partei Abkehr von den Verfassungsgrundsätzen der 5. Republik oder Hinkehr zu den Zuständen der früheren 3. und 4. Republik mit ihren machtlosen Präsidenten und häufigen Regierungskrisen. Im Gegenteil, die Mehrheit der Franzosen einschließlich der Linksoption wünscht Einhaltung der 1958 und 1962 nach langen Debatten und Volksentscheiden eingeführten Verfassung.

Paradoxerweise war es General de Gaulle, der seine eigene Verfassung nicht respektierte bzw. mehrmals brach, so zuletzt im April, als er die von ihm vorgeschlagene Verfassungsänderung nicht wie vorgeschrieben auf parlamentarische Wege einleitete, sondern über die Nationalversammlung und sogar über die Köpfe seiner eigenen Minister hinweg ein Plebiszit veranstaltete.

Dieser eigentümliche Widerspruch kommt daher, daß Frankreichs gegenwärtige Verfassung seit 1958 ein Kompromiß zwischen zwei entgegengesetzten Kräften ist: einerseits die rechtsradikalen und gaullistischen Umsturzversuche und andererseits der parlamentarisch-demokratische Widerstand.

General de Gaulle konnte nur einen Teil seiner autoritären Projekte durchsetzen. Nach seiner Rückkehr zur Macht wurde die neue Verfassung von einem juristischen Ausschuß ausgearbeitet, in welchem mit Michel Debré auch die Ministerpräsidenten der 4. Republik saßen, so insbesondere der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Guy Mollet. Um jeden Verfassungsartikel wurde hart gerungen. Das gilt auch für die 1962 durchgesetzte Volkswahl des Staatspräsidenten.

Aufgrund dieses Kompromisses hatte Frankreich in den letzten Jahren einerseits einen Staatspräsidenten mit weitgehenden Vollmachten und eine entmachtete Nationalversammlung, die nicht mehr nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurde und infolge dessen nicht mehr dem tatsächlichen Einfluß der verschiedenen politischen Parteien entsprach und überdies keine großen Entscheidungen treffen durfte. Es gab aber auch einen Senat, der als zweite parlamentarische Kammer weiterbestand, in seiner überwiegenden Mehrheit aus antigauillistischen, demokratischen Parteien zusammengesetzt blieb - weil die meisten Franzosen in Gemeinde- und Kantonalratswahlen weiterhin für die demokratischen Links- und Mittelparteien stimmten - und eine Reihe von autoritären Regierungsprojekten verzögern oder abschwächen konnte.

Die Verfassung wurde von General de Gaulle gebrochen...

So war General de Gaulle veranlaßt, seine eigene Konstitution immer wieder zu "korrigieren" oder zu brechen. Während in der Verfassung

ausdrücklich steht, daß der Premierminister die Regierungsgeschäfte leitet, riß Staatspräsident General de Gaulle alle diese Funktionen an sich und machte seinen Regierungschef zu einem subalternen Angestellten.

Darüber hinaus schuf er das sogenannte "Domaine réservé" in Außenpolitik, Landesverteidigung und anderen Bereichen, in die er sich "nicht hineinreden" ließ und ohne jede Konsultation lebenswichtige Entscheidungen traf. Nicht nur die gaullistischen Parlamentsabgeordneten, auch die Minister und selbst der Premierminister wurden auf diese Weise mehrmals vor vollzogene Tatsachen gestellt.

Die demokratische Opposition von links über die Mitte bis nach rechts wünscht einhellig die Abschaffung dieses jahrelangen Mißbrauchs und strenge Einhaltung der bestehenden Staatsverfassung.

...und soll jetzt eingehalten werden

Mit anderen Worten, nicht der Staatspräsident, sondern der Premierminister soll wieder die Regierungsgeschäfte leiten, allerdings "angeregt" durch den Präsidenten der Republik und selbstverständlich im Einklang mit der gewählten Volksvertretung. Vor allem soll es keine "reservierte Domäne" mehr geben.

Das bedeutet jedoch nicht, daß der französische Staatspräsident künftighin nur eine "dekorative" Funktion haben soll und sich, wie es hier heißt, mit der "Eröffnung von Blumenschauen" begnügen soll. Fast niemand wünscht eine Rückkehr zu den Zuständen der 3. und 4. Republik.

Senatspräsident Alain Poper hat als Kandidat der demokratischen Mitte den Beifall breiter Kreise, wenn er die Funktion des französischen Präsidenten mit folgenden Worten umreißt: Garant der Verfassung, Schlichter zwischen den verschiedenen Strömungen, anregende Wirkung auf die gesamte Regierungspolitik.

Der Präsident der französischen Republik soll vor allem kein "Guide" (Führer) mehr sein. Als solcher hatte sich General de Gaulle mehrmals bezeichnet.

Popper bricht mit dieser unheilvollen Führerpraxis und übernimmt damit eine langjährige Forderung der demokratischen Opposition. Pompidou sieht sich jetzt veranlaßt, gleichfalls von de Gaulles Konzept abzurücken und liberale Töne anzustimmen. Wie weit er es damit ehrlich meint und nicht Gefangener des rechtsgaullistischen Parteiapparates ist, bleibt abzuwarten.

Synthese

Jedenfalls ist mit dem Sturz des Präsidenten-Generals auch ein bestimmter monokratischer Regierungsstil beendet. Selbst Pompidou bekennt jetzt resigniert: "Niemand wird so regieren können wie General de Gaulle es tat." Erst recht würde mit Popper oder Defferre ein neuer Geist im Elysée einziehen, jedoch nicht in Richtung einer Rückkehr zur 4. Republik.

Von einer 5. Republik im Sinne der letzten 11 Jahre wird man aber nicht mehr sprechen können. Wahrscheinlich ist die bevorstehende neue Ära schon Auftakt zu einer 6. Republik, die nach den Vorstellungen der meisten Franzosen eine vorteilhafte Synthese ihrer Vorgängerinnen sein könnte: Von der 3. und 4. Republik nähme sie die vollberechtigte parlamentarische Demokratie einschließlich des Senats, jedoch nicht die kurzfristigen Regierungswechsel, von der 5. Republik die Stabilität, jedoch nicht die autoritäre Willkür. Ausschlaggebend sind letzten Endes nicht Etiketten und Nummerierungen, sondern der demokratische Inhalt und Geist.